

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1878

12.11.1878 (No. 268)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 12. November.

No. 268.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1878.

Ämtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 9. d. Mts. gnädigst geruht, den Geh. Hofrath Dr. Karl Herat in Illenau zum Direktor an der Groß-Heil- und Pflegeanstalt Illenau zu ernennen, ferner dem Hilfsarzt Heinrich Schuele daselbst den Titel als Medizinalrath zu verleihen und den Hilfsarzt Christian Koller an der gleichen Anstalt in gleicher Eigenschaft an die Heil- und Pflegeanstalt Pforzheim, sowie den Hilfsarzt Albert Otto an dieser Anstalt in gleicher Eigenschaft an die Heil- und Pflegeanstalt Illenau zu versetzen.
Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 7. November d. J. gnädigst geruht, den Zollverwalter August Stocker in Pforzheim zum Registrator bei der Zollverwaltung zu ernennen.

Nicht-Ämtlicher Theil.

Telegramme.

† Wien, 10. Nov. Mehrere Blätter melden aus Serajewo vom 9. d. d. Gestern überreichte eine Deputation von Begs dem Oberkommandanten eine Adresse an den Kaiser, worin um die Annexion Bosniens und der Herzegovina durch Oesterreich-Ungarn, die Auscheidung dieser Länder aus der religiösen Jurisdiktion des Scheich ul Islam, die Organisation einer selbständigen mohamedanischen Kirchenbehörde für Bosnien und die Herzegovina und weiter um die Auflösung der konfessionellen Schulen und Errichtung von Volksschulen und um Amnestie gebeten wird. Die Adresse trägt 59 Unterschriften der reichsten und verlässlichsten Mohamedaner Serajewos. Auf eine Ansprache Wuntaj Begs erwiderte der Oberkommandierende Baron v. Philippovich: Er sei um so mehr durch die Adresse erfreut, als dieselbe aus der eigenen Initiative der Mohamedaner hervorgegangen sei. Die Amnestie sei bereits bewilligt.

† Wien, 9. Nov. Die „Polit. Korresp.“ demotiert die Nachricht englischer Blätter über ein angebliches österreichisch-englisches Abkommen wegen Räumung des türkischen Gebiets Seitens der russischen Truppen. — Die „Polit. Korresp.“ erklärt auf Grund von Mittheilungen, die ihr heute aus Petersburg zugehen, alle ungünstigen Gerüchte über den Gesundheitszustand des Kaisers für absolut unwahr. — Aus Athen von heute, meldet die „Polit. Korresp.“: Commundoros hat in der Kammer mitgeteilt, daß das Ministerium beabsichtigt, sein Projekt bezüglich der Bildung einer starken Armeereserve mit den Anschauungen der Opposition über die Organisation einer eventuell zu Kriegsdiensten herbeizuziehenden Nationalgarde zu kombinieren, worauf die Kammer entschied, daß alle auf die Insurrektion in den türkischen Grenzprovinzen bezüglichen geheimen Aktenstücke vorzulegen sind. — Aus Bukarest, meldet obige Korrespondenz: Die militärische Beförderung der Dobrudscha soll unter dem Kommando des Generals Angelescu im Laufe der nächsten Woche erfolgen.

† Pesth, 9. Nov. Sicherem Vernehmen nach hat der Kaiser für den Bereich der okkupirten Länder eine Generalamnestie erlassen und steht die unmittelbare Veröffentlichung der diesbezüglichen Proklamation an die Bewohner Bosniens und der Herzegovina bevor.

† Brüssel, 11. Nov. Der „Observer“ schreibt: Wilsons jüngste Anwesenheit in Paris ergab den Abschluß eines Abkommens mit dem Credit foncier und dem französischen Syndikat, welches diese verpflichtet, ihren Besitz an ägyptischen Wertpapieren während einer genügend längeren Periode nicht an den Markt zu bringen, um Zeit zur Belebung des ägyptischen Kredits und der Entwicklung der neuen Administration zu lassen.

† Paris, 10. Nov. Die „Agence Havas“ meldet aus Beirut: Das Mißverständnis zwischen dem Gouverneur des Libanon und dem Klerus im Libanon ist Dank den guten Diensten des französischen Konsuls ausgeglichen worden. — Rustum Pascha hat die Rückkehr des Bischofs Bistiani genehmigt. Dieser wird sich in der Bai von Jumi (Dschaneh?) ausschiffen und provisorisch in der Provinz Kesruan residieren.

† Madrid, 11. Nov. Die ministeriellen Blätter demotieren die Gerüchte in Betreff einer Kabinetskrisis. Das Ministerium besitze das Vertrauen der Cortes und der Krone in gleichem Maße.

† Kopenhagen, 9. Nov. Der Finanzminister brachte im Folkeeting eine Vorlage ein in Betreff einer bis zum 31. Dezember 1880 zinsfreien Anleihe von 1,200,000 Kronen für St. Croix und in Betreff eines vermehrten Staatszuschusses an die dortige Zuckerfabrik.

† St. Petersburg, 10. Nov. Die Meldung auswärtiger Blätter, die Rückkehr des Kaisers aus Livadia siehe früher,

als ursprünglich beabsichtigt gewesen sei, bevor, ist gänzlich unbegründet. Die Rückkehr des Kaisers wird wie gewöhnlich zum Georgsfeft erfolgen. Gänzlich unwahr ist auch die Behauptung von der Erkrankung oder einer Indisposition des Kaisers. Die Nachrichten aus Livadia über das Befinden des Kaisers sind völlig zufriedenstellend. Graf Schwaloff kehrt nach London zurück und wird dort in der Lage sein, die unmittelbaren Anschauungen des Kaisers darzulegen. Der Tag der Rückkehr Schwaloffs soll noch nicht feststehen.

Deutschland.

† Berlin, 9. Nov. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt einen längeren Artikel über das Verhältnis Deutschlands zu den Samoa-Inseln, an dessen Schluß es heißt: Die gegenwärtige Krisis auf den Samoa-Inseln kann nur ihre Lösung finden, wenn die Regierung von Samoa mit Deutschland wie mit England einen die Stellung als meistbegünstigte Nation einräumenden Vertrag abschließt. Die Beschlagnahme der Häfen Salafata und Talafali wird aufrechterhalten bleiben bis die durch Artikel 4 des Protokolls vom 3. Juli 1877 zugesicherte Gleichberechtigung und als deren Ausdruck der Abschluß eines Handelsvertrages auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation gewährleistet ist. Das ist zugleich das beste Mittel zur Erreichung der von Deutschland auf den Samoa-Inseln angestrebten Ziele: Sicherung wohlverworbener Rechte der auf Samoa ansässigen Deutschen und freundliche, weder durch innere Parteilungen noch äußere Einmischung gestörte Entwicklung des deutschen Handels.

† Berlin, 9. Nov. Auf die neueste preussische Anleihe sind im Ganzen 109,400,000 Mark gezeichnet. Die Repartition im Verhältnis dieses Betrages zu den aufgelegten 60,000,000 M. ist den einzelnen Zeichnungsstellen überlassen.

† Berlin, 9. Nov. Der „Rln. Ztg.“ wird telegraphirt: Man erfährt aus sicherer Quelle, daß erste Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und dem Vatikan im Zuge sind und ein erster Schritt zur Verständigung bereits gethan ist.

Der bisherige chinesische Gesandte am hiesigen Hofe Lutofer, welcher zu einem höheren Posten in seiner Heimath designirt ist, hat sich hier verabschiedet und wird in diesen Tagen Berlin verlassen. An seine Stelle tritt vorläufig Li-Fongpao als chinesischer Geschäftsträger.

Auf Grund des Socialistengesetzes veröffentlicht der gestrige „Reichsanzeiger“ abermals eine Anzahl Verbote von Vereinen und Druckschriften. Die königliche Kreishauptmannschaft in Dresden erklärt folgende periodische Druckschriften für verboten: „Aristoteles“, ein Grundriss der modernen Religionsformen, als Stütze der Tyrannei, der Pfaffen, der sozialen Despotie und ihrer Henkersnechte. Verlag von D. Klemich; „Der Nationalitätsdünkel“, eine Studie für Nordpatrioten, Erforsche und sonstige Chauvinisten; „Der Egoismus als Weltprinzip, social-moral-philosophische Studie“; „Die Entwicklung des Menschengeistes“, 2. Auflage. Die Kreishauptmannschaft in Leipzig verbietet die im Verlage von Julius Nebling unter dem Namen „Der Ruffalleener“ erscheinende Sammlung socialdemokratischer Lieder und Gedichte, sowie ferner: „Erlebtes. Skizzen und Novellen von Wilhelm Hafencloper.“ Durch das Antrathsamt zu Gera ist der „Gewerksverein“ zu Untermaßbach verboten worden und durch das Kreisamt Offenbach der „Spengler-Unterstützungsverein“ daselbst. Schließlich ist auch die in Breslau im Verlage von H. Heimann erscheinende Zeitung „Schlesisches Wochenblatt“ durch die königliche Regierung daselbst verboten worden.

Zweihundertzwei socialdemokratische Agitatoren (darunter die Reichstags-Abgeordneten Liebnuch und Wahlteich) befinden sich, wie die „Völkz.“ berichtet, gegenwärtig im Gefängnis. Jungwischen ist, wie der „Frankf. Ztg.“ aus Dresden gemeldet wird, auch der am Freitag polizeilich von dort ausgewiesene socialdemokratische Agitator und Reichstags-Abgeordneter Kahler, welcher seitdem seinen Wohnsitz in einem benachbarten Dorfe aufgeschlagen hatte, vom Bezirksgericht Dresden wieder in Haft genommen worden, um eine weitere verweirte Freiheitsstrafe zu verbüßen.

Der Reichstags-Abgeordnete Ludwig Bamberg hat, wie bereits erwähnt wurde, einen Vortrag, den er neulich in Leipzig gehalten über die kulturgeschichtliche Bedeutung des Socialistengesetzes, im Druck erscheinen lassen. (Leipzig, Brockhaus.) Die Rede verdient den großen Beifall, den sie gefunden hat. In kräftiger Weise rüdt der Verfasser die besitzenden Klassen zu einer größeren Selbstthätigkeit auf und bemerkt: „Wir müssen wissen, ob das Socialistengesetz nur bedeutet, daß die Regierung den Socialdemokraten von Profession das Handwerk legen will, oder ob es bedeutet, daß die Nation zur Erkenntnis von der Falschheit der socialistischen Projektionemachi überhaupt kommt. Bedeutet das Socialistengesetz nur das Erstere, so wird es nichts helfen. Nur wenn es für die Nation im Großen ein Zeichen und einen Ausstoß gibt zum Eingehen in das Reich der Erkenntnis, hat es dauernden und erlösenden Werth.“ In schlagender Weise verteidigt der Verfasser das Kapital gegen die

Angriffe der Socialdemokraten und weist nach, daß ihre vielgerühmte Reorganisation der Gesellschaft zu der unerträglichsten Reaktion und Tyrannei führen werde.

Die „Post“ schreibt: „Bezüglich der auf den Anlauf einzelner Privatbahnen durch den Staat abzielenden Projekte wollte eine hiesige Zeitung wissen, die deshalb dem Landtage zu machenden Vorlagen seien noch so wenig vorgearbeitet, daß sie in der nächsten Session nicht mehr zu erwarten seien. Wir glauben bemerken zu können, daß irgend ein Anlaß zu dieser Annahme nicht vorliegt. Die hier in Frage kommenden Angelegenheiten sind, soweit dies nach Lage der Verhandlungen am Platze, ohne Aufenthalt ihrer sachlichen Erledigung zugeführt worden.“

Die Beschlüsse der Kommission zur Begutachtung der neuen Prüfungsordnung für Aerzte sind, wie der „Völkz.“ mitgeteilt wird, noch zu beschleunigter Begutachtung an die deutschen medizinischen Fakultäten geschickt. Damit ist einem Wunsche des Realschulmänner-Vereins entsprochen, der in der Duisburger Petition seinen Ausdruck gefunden hatte. Die vor neun Jahren über die Zulassung von Realschul-Abiturienten zu Fakultätsstudien erstatteten Gutachten führten bekanntlich nur von den preussischen Fakultäten her, während diesmal sämtliche deutsche medizinische Fakultäten ihr Urtheil abzugeben haben. Von den preussischen Universitäten hatten sich, was die medizinischen Studien anlangt, vier, nämlich Greifswalde, Göttingen, Kiel und Königsberg für die Zulassung der Realschul-Abiturienten ausgesprochen; vier, nämlich Berlin, Breslau, Halle und Marburg dagegen. Vorn endlich hatte eine vermittelnde Stellung eingenommen, indem die dortige medizinische Fakultät zwar auf eine klassische Bildung des jungen Mediziners nicht verzichten wollte, aber doch nicht läugnen konnte, daß die stärkere Betonung der Mathematik, Physik und Chemie in der Realschule dem Mediziner eine bessere Vorbildung gewähre, als das Gymnasium. Seitdem ist den Realschul-Abiturienten der Zutritt zur Universität in den Fächern der Mathematik, Naturwissenschaften und modernen Philologie gestattet worden.

Die Bestätigung des Oberbürgermeisters v. Forckenbeck wurde dem Magistrat in der gestrigen Sitzung amtlich mitgeteilt; die Einführung erfolgt in der Stadtverordneten-Versammlung und ist in nächster Woche zu gewärtigen. Der Oberpräsident von Jagow in Potsdam wird, wie schon erwähnt, zu diesem Zwecke in Berlin fungieren.

Vom Geheimen Oberregierungsrat Wagener erhält die „Post“ folgende Zuschrift: „Der Wohlwollen Redaktion beehre ich mich Abschrift einer mir soeben zugegangenen Verfügung meines ordentlichen persönlichen Richters, der königl. Kreisgerichts-Deputation zu Charlottenburg, vom 7. d. nachstehend ganz ergebenst mitzutheilen. Dieselbe lautet: Notifiz. (unter Rücksendung des mit überbanden Erkenntnisses), daß der Antrag des Kreisgerichts Altona durch Kollegialbeschluß vom 5. d. M. abgelehnt worden ist. Charlottenburg den 7. November 1877. Königl. Kreisgerichts-Deputation.“ Also war die Nachricht der Konturschließung irrig.

† Wiesbaden, 9. Nov. Kaiser Wilhelm ist um 4 Uhr 10 Min. im besten Wohlsein hier eingetroffen. Sr. Majestät durchfuhr im offenen Wagen die prachtvoll geschmückte Stadt und wurde von einer unabhäblichen Volksmenge freundlich begrüßt. In den Straßen bildeten alle Vereine, die Schützen und die Garnison Spalier.

Darstadt, 9. Nov. Dem Vernehmen nach werden der evangelischen Landeskonferenz in Halle Vorlagen wegen einer Dienstreue der Geistlichkeit, sowie über die Pensionsverhältnisse derselben zugehen.

Oesterreichische Monarchie.

† Wien, 9. Nov. Eine von Pesth aus auf Grund beunruhigender Meldungen über den Gesundheitszustand des Kaisers Alexander direkt nach Livadia gerichtete telegraphische Auffrage ist sofort, ebenfalls telegraphisch, dahin beantwortet worden, daß der Kaiser sich vollständig wohl fühle und daß nicht der mindeste Anlaß zu irgendwelchen Besorgnissen vorhanden gewesen und vorhanden sei.

Die „Neue Freie Presse“ meldet aus London, 8. Nov.: Das britische Kabinet hat die französische Note wegen der griechischen Grenzregulierung ablehnend beantwortet; ein derartiger Schritt sei gegenwärtig inopportun, weil die Aufregung in den betreffenden Gebieten allzu groß sei, die Grenzregulierungs-Kommissionen konnten leicht Mehemed Ali's Schicksal erleben.

Demselben Blatte wird aus Broth, 7. Nov., telegraphirt: „Wegen neuerlicher bedeutender russischer Truppenbewegungen nach Rumänien ist der Waarenverkehr auf den sibirischen Linien streckenweis gänzlich eingestellt worden. Man klagt in Wien, daß die österreichischen Handelschiffe auf der unteren Donau durch die russische Flotte mehr und mehr verdrängt werden, während der Strom gleichzeitig von russischen Kriegsschiffen wimmelt.“

† Pesth, 9. Nov. Die „Pesther Korresp.“ schreibt: In einer Konferenz der ungarischen Delegirten verlas der Präsident der ungarischen Delegation, Szlady, seine bei dem morgigen Empfange der Delegation bei dem Kaiser zu hal-

tende Rede. Dieselbe berührt das Berliner Mandat, hebt die tapfere Haltung der Armee und den durch den Feldzug errungenen Erfolg hervor und spricht die Bereitwilligkeit aus, Alles zu thun, was die Stellung der Monarchie als Großmacht erfordert und die materielle Kraft des Landes zulasse. Die Rede betont besonders die Nothwendigkeit, daß die Delegation die Details der Okkupation und den durch dieselbe zu erreichenden Endzweck kennen lerne, beleuchtet die finanziellen Gesichtspunkte und drückt schließlich Loyalität und Huldigung gegenüber Sr. Majestät aus. — Die Konferenz nahm die Rede mit allgemeinem Beifall auf.

† Pesth, 9. Nov. Der Budgetausschuß der Reichsraths-Delegation erledigte das Budget des Finanzministeriums. Der Reichs-Finanzminister erwiderte auf die Interpellation Dumbas, daß Alles geschieden sei, um die Ausgabe von neuen Staatsnoten, die dringend erscheine, zu beschleunigen. Das einzige Hinderniß sei die noch zu lösende Wappenfrage. — Bei Berathung des Erfordernisses des Kriegsministeriums wurde auf den Antrag Sturm's eine Resolution angenommen, daß die Berathung unter Verwahrung des Rechtes der Reichsvertretung, den Kriegsstand und das Rekrutencontingent festzustellen, vorgenommen wird.

† Pesth, 10. Nov. Der Kaiser empfing heute Mittag die österreichische Delegation. Der Präsident Graf Coronini hielt eine Ansprache an den Kaiser, worin er unter dem Ausdrucke der Treue und Ergebenheit versicherte, die österreichische Delegation werde auch diesmal nur der getreue Dolmetsch der Gesinnungen ihrer Vollmachtgeber sein, wenn sie bei Berathung und Beschlussfassung über ihr zugekommene oder noch zukommende Vorlagen der gemeinsamen Regierung, durchdrungen von dem Ernste des Augenblicks und in Sorge für die Wohlfahrt, Ehre und Machtstellung der Monarchie die in deren Interesse gestellten Forderungen mit den Rücksichten in Einklang zu bringen bestrebt sein wird, welche sie auf die Finanzlage des Staates und die wirtschaftlichen Bedrängnisse seiner Bewohner zu nehmen die Pflicht hat.

Der Kaiser erwiderte, indem er für die Versicherung der lokalen Ergebenheit danke, und an die ersten Verhältnisse erinnerte, unter welchen die Delegation zuletzt versammelt war: „Die Ereignisse im Orient waren in die entscheidende Phase getreten. Wir standen an der Schwelle des Kongresses, der die Resultate des Krieges mit den Forderungen des europäischen Gleichgewichtes und mit den nahe berührten Interessen der Monarchie in Einklang bringen sollte. Damals wurden der Regierung mit dankenswerthem Patriotismus die Mittel bewilligt, welche dieselbe in den Stand setzten, nach beiden Richtungen hin ihren Einfluß auf dem Kongresse und nach demselben erfolgreich zur Geltung zu bringen.“

Der Kaiser sprach seine Befriedigung aus, daß es dem Kongresse gelungen, die imminente Gefahr eines europäischen Krieges zu beschwören. Der Berliner Friede hat einen neuen Zustand der Balkanländer geschaffen. Seine konsequente allseitige Durchführung, für welche die Regierung des Kaisers mit aller Vertragstreue eintreten wird, ist geeignet, die Wiederkehr von Gefahren, die den Frieden Europas und unsere Interessen bedrohten, wirksam hintanzuhalten. (Bravo.) „Zur Erreichung dieses Zieles haben die in Berlin versammelten Mächte beschlossen, daß die Okkupation und Administration Bosniens und der Herzegowina Oesterreich-Ungarn übertragen werde. Ich habe diese Aufgabe übernommen. Ich bedauere, daß es bei der tiefen Zerrüttung der inneren Verhältnisse jener Länder nicht möglich war, die Okkupation friedlich durchzuführen. Der Widerstand, den anarchische Elemente unserer wohlwollenden Absichten entgegensetzten, ist durch die Tapferkeit meiner braven Truppen in kurzer Zeit gewichen.“ Die aus der allgemeinen Wehrpflicht hervorgegangene Armee habe bei dieser Gelegenheit die Probe ihrer Tüchtigkeit glänzend bestanden, wozu der Kaiser die Delegirten beglückwünscht. Die rasche und durchgreifende Lösung der militärischen Aufgabe habe die Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina von dem Terrorismus der Aufwiegler befreit und es dem Kaiser möglich gemacht, die Rückübernahme eines beträchtlichen Theiles der Okkupationstruppen anzuordnen.

Es werde nun das ernste Streben der Regierung sein, die Opfer, welche die Durchführung der Aufgabe erheische, mit der finanziellen Lage der Monarchie in Einklang zu bringen und den Eintritt des Momentes zu beschleunigen, in welchem die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina aus den Mitteln dieser Länder selbst bestritten werden können. Die Hoffnung, daß dies gelingen werde, erscheine um so mehr begründet, als die Beziehungen der Monarchie zu allen Mächten fortwährend die besten seien. Es seien schwere Opfer, welche von den Delegationen verlangt würden, große historische Ereignisse seien mit nicht gewöhnlichen Anforderungen an die Monarchie herantreteten. Der Kaiser vertraut, daß der Patriotismus seiner Völker und die Einsicht ihrer Vertreter hinter der Größe des geschichtlichen Momentes nicht zurückbleiben werden; er ist überzeugt, daß die Delegirten ihre Bemühungen mit jenen der Regierung vereinigen werden, damit das begonnene Werk zur Erhaltung des europäischen Friedens, zum Wohl und Ruhme der Monarchie und zur Konsolidirung ihrer inneren und äußeren Verhältnisse einem glücklichen Ende zugeführt werde.

Italien.

† Rom, 9. Nov. Der König und die Königin wurden in Pisa und Livorno von der Bevölkerung enthusiastisch empfangen. Das Konsularcorps nahm an dem königl. Dejeuner in Livorno Theil. Die Majestäten drückten sich über den ihnen bereiteten Empfang äußerst befriedigt aus.

Frankreich

† Paris, 10. Nov. Das „Journ. offic.“ veröffentlicht den statistischen Bericht des Siegelbewahrers über die Wirksamkeit der Strafsjustiz während des Jahres 1876. Derselbe konstatirt, daß die Verbrechen in diesem Jahre gegen die Periode von 1872 bis 1875 mit Ausnahme der Verbrechen gegen die Sittlichkeit eher abgenommen haben. Die Zahl der Todesurtheile, welche 1872 31, 1873 34, 1874 31 und 1875

33 betrug, belief sich im Jahre 1876 nur auf 22 (20 Männer und 2 Frauen); davon wurden 13 in lebenslängliche, 1 in zwanzigjährige Zwangsarbeit verwandelt und 8 vollstreckt. Was die Sittlichkeitsverbrechen betrifft, über deren Zunahme der Minister sich beklagt, so erfolgten im Jahre 1876 in der That 140 Verurtheilungen wegen Vergehen gegen die Sittlichkeit an Erwachsenen und 875 Verurtheilungen wegen Vergehen gegen die Sittlichkeit an Kindern. Das amtliche Blatt veröffentlicht ferner folgende Note:

Der „Eidelle“ erzählt in seinem Blatte vom 4. November aus Anlaß der Reise des Marschalls Canrobert durch das Lot-Departement: Die Freunde des Marschalls hätten gewünscht, ihn mit den einem Marschall von Frankreich gebührenden Ehren, also offizieller Begrüßung, militärischem Aufzuge, Kanonensalven u. s. w. zu empfangen, und hätten die Militärbehörde von Cahors überredet, daß dieses Cerimonieell amtlich geboten sei, worauf die letztere auch schon im Begriff gewesen, es auszuführen, als der Präfect unter Hinweis auf den nicht offiziellen Charakter der Reise dagegen Einsprache erhob. In allen diesen Punkten ist das genannte Blatt irre geführt worden. Wenn einem Marschall von Frankreich auf einer Reise militärische Ehren erwiesen werden sollen, hat der Kriegsminister allein die entsprechenden Befehle zu erlassen, und sobald er dies gethan hat, hat auch Niemand dagegen Einsprache zu erheben. Der Marschall Canrobert reiste aber im Lot als Privatmann und wußte recht gut, daß er nach den bestehenden Gesetzen und Reglements dann auch keinen Anspruch auf militärische Ehren hatte, die er daher auch nicht verlangt hat. Der Kriegsminister erließ also auch keine Befehle in diesem Sinne, und der Präfect des Lot-Departements konnte sich einer solchen weder thatsächlich noch rechtlich widersetzen.

Wie der „Moniteur universel“ versichert, hätten die politischen Freunde des Herzogs De cazes im Senat diesem noch-mals die Kandidatur für einen lebenslänglichen Sitz im Oberhause angetragen, der Herzog aber sich beharrlich geweigert, dieselbe anzunehmen. Der „Soleil“ bestätigt seinerseits, daß das rechte Zentrum nun definitiv den Grafen d'Haussouville als seinen Kandidaten aufstellt.

Über das Befinden des Herrn Jules Favre sind heute beunruhigende Gerüchte im Umlauf.

Großbritannien.

† London, 10. Nov. Bei dem gestrigen Lordmayor-Banquet in der Guildhall berührte Lord Beaconsfield zunächst die indische Frage und hob hervor, daß ein Einfall in Indien auf der Nordwestgrenze physisch unausführbar sei. Inzwischen könnten England dort leicht Verlegenheiten bereitet werden. Als es sich darum gehandelt, derartige Inkonvenienzen zu begegnen, seien Umstände eingetreten, welche die ernsteste Ermüdung erforderten hätten. Man habe sich entschlossen, hiermit wenn möglich ein Ende zu machen. Die erforderlichen Maßregeln dazu seien ergriffen. Wenn dieselben zur vollen Ausführung gelangt seien, so würde dieser Theil der Grenze aufhören, eine Quelle der Beunruhigung zu sein. Es sei zu hoffen, daß man alsdann in guten Beziehungen mit den nächsten Nachbarn würde leben können. Vielleicht sei die Stunde nicht mehr fern, wo dies möglich sei. Der Premier kam sodann auf die mit der Pforte wegen Abtretung Cyperns abgeschlossene Konvention und hob hervor, daß in Folge derselben das Euphrat-Thal sich in den Händen eines Allirten befinde, welchem England seinen Beistand leisten könne in der von ihm verfolgten Politik, eine verhängnisvolle Suprematie eines einzigen Staates zu verhindern. Die Ergebnisse des Berliner Kongresses hätten dem Sultan die Unabhängigkeit seiner Hauptstadt und die unbezweifelbare Kontrolle der Dardanellen gesichert. Was die Nichtausführung des Berliner Vertrages betreffe, so sei nur die der Türkei für die Ausführung des Vertrages vorgeschriebene Zeit verstrichen. Alle wichtigen Bestimmungen des Berliner Vertrags aber seien auf dem Wege der Erfüllung. Die Situation, daß irgend eine Macht der vollständigen Ausführung des Berliner Vertrags sich entgegenstelle, müsse er entschieden zurückweisen. Die englische Regierung sei entschlossen, auf der buchstäblichen Ausführung des Vertrages zu bestehen. Sie werde, wenn nothwendig, an das englische Volk appelliren, um den Vertrag mit aller Energie und allen Hülfsmitteln aufrecht zu halten. Die politische Lage sei gegenwärtig gewiß eine ernste, aber keine gefahrvolle. Wenn die englische Bevölkerung würdig bleibe ihrer Vorfahren, werde das Reich niemals eine Minderung seiner politischen Stellung erleiden.

Rußland.

St. Petersburg, 10. Nov. Hiesige amtliche Kreise, indem sie alle anderweitigen Behauptungen widerlegen, behaupten es als evident, daß Rußland lediglich auf dem Boden des Berliner Vertrags allen Vorkommnissen in der Türkei gegenüber zu verharren habe. Dem entspreche in vollster und korrektester Weise das Verhalten des Fürsten Kobanoff. Wenn derselbe einerseits von der Pforte eine pünktliche Erfüllung der in Berlin übernommenen Verpflichtungen verlange, für welche die Macht der Pforte sich nicht immer ausreichend zeige, so wisse er andererseits sich auch gebunden, so weit es ihm möglich sei, von aller Unruhestiftung in Macedonien abzuwehren. Weder die Pforte noch eine andere Macht werde die Korrektheit der Haltung des Fürsten Kobanoff bestritten können. Uebrigens sei außer Frage, daß man hier eine Verständigung mit England sowohl in Europa wie in Asien lebhaft wünsche. Die im eigenen Lande nicht durchdringende Autorität der türkischen Regierung mache diese Verständigung für Europa vielfach wünschenswerth. In Asien gelte es, durch eine Verständigung den Einfluß der beiden Mächte in diesem Welttheil zu erhalten, dem Einfluß für beide Mächte conenable Grenzlinien zu ziehen und die asiatischen Stämme nicht zur Erhebung aufzureizen.

Der „Golos“ schreibt: „Rußland hat bei Verfolgung seiner Aufgaben auf der Balkan-Halbinsel das volle Recht, für die Sicherung des Rückens seiner auf dem rechten Donau-Ufer stehenden Armee Sorge zu tragen. Rußland kann nicht umhin, indem es aus diesen Rücksichten den ganzen Unterlauf der Donau in seiner Macht behält, gleich-

zeitig auch besondere Aufmerksamkeit auf die Sicherung seiner Grenzen nach Oesterreich-Ungarn zu richten. Dazu ist es nothwendig, in unsern südwestlichen Gouvernements eine vollkommen schlagfertige Armee von mindestens 300,000 Mann zu haben.“

Badischer Landtag.

Parlkrone, 11. Nov. 47. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitz des Präsidenten Samey.

Am Regierungstisch: Justizministerial-Präsident Dr. Grimm, Ministerialrath Dr. Dingner, Ministerialrath v. Neubronn.

Zunächst theilt der Vorsitzende mit, daß Abg. Häusler sein Mandat niedergelegt habe und daß die Abgg. Neumann und Baffermann sich für die heutige Sitzung entschuldigt haben.

Vom Sekretariat wird folgender Einlauf angezeigt: Eingabe des praktischen Arztes Labinski in Hünningen wegen verweigerter Entschädigung für die Behandlung eines Kranken.

Dieselbe geht an die Petitionskommission.

Das Haus tritt sodann in die Tagesordnung ein, und zwar beginnend mit der Berathung des § 17 des Kommissionsentwurfs, welcher lautet:

Mit der Stellvertretung eines Staatsanwalts beim Ober-Landesgericht oder bei den Landgerichten können nur zum Richteramt befähigte Personen beauftragt werden.

Die Leistung der Aushilfe bei der Staatsanwaltschaft wird im Wege der Verordnung geregelt.

Ministerialrath v. Neubronn. Die in § 17 normirte Materie sei in § 5 des Regierungsentwurfs auf den Verordnungsweg verwiesen worden; die Regierung wolle nicht gegen die gesetzliche Regelung an sich nichts erinnern, hege aber gegen den materiellen Inhalt des § 17 im Einzelnen Bedenken. Nach der dem § 10 des Entwurfs in diesem Hause gegebenen Fassung werde wohl der Vorschlag Annahme finden, daß auch für die selbständige Aushilfe bei der Staatsanwaltschaft Praktikanten mit zweijähriger Dienstzeit zugelassen würden; die Bedürfnis-Frage sei hier dieselbe, wie sie für die Aushilfe bei den Amtsgerichten regierungsseitig vorgetragen wurde, und wenn solche Rechtspraktikanten mit zweijähriger Dienstzeit einen Amtsrichter zu vertreten für befähigt und berechtigt erklärt worden seien, so werde jedenfalls auch dagegen nichts erinnert werden können, daß ihnen die Vertretung des Staatsanwalts beim Landgerichte, also vor einem ausschließlich aus Richtern bestehenden Kollegium, im Nothfalle übertragen werde. Für die Wahrnehmung der staatsanwaltschaftlichen Befugnisse beim Ober-Landesgerichte theile die Regierung die Auffassung des § 17 Abs. 1 des Kommissionsentwurfs. Was die in § 17 Abs. 2 normirte un selbständige Aushilfe betreffe, so schlage die Großh. Regierung die Befähigung eines dem § 10 Abs. 2 analog gefaßten Zusatzes vor, und zwar dahin, daß den dort genannten Rechtskundigen nur die Ausübung einzelner staatsanwaltschaftlicher Funktionen übertragen werden könne, jedoch mit Ausnahme der Vertretung der Anklage bei schwebgerichtlichen Hauptverhandlungen.

Gerade für die schwebgerichtliche Hauptverhandlung sei ein unerfahrener Staatsanwalt von größter Gefahr. Redner schlage vor, den § 17 an die Kommission zurückzuverweisen, damit ihn diese im angebotenen Sinne neu redigire.

Abg. Kiefer als Berichterstatter: Die Nothlage, welche das Haus bei § 10 für die Amtsgerichte anerkannt habe, herrsche auch für die Befähigung der Stellen bei der Staatsanwaltschaft. Redner könne also den von der Großh. Regierung gemachten Vorschlag nur zur Annahme empfehlen. Für die Hauptverhandlung beim Schwurgerichte müsse auch Redner darauf hinweisen, wie gefährlich es sei, unreifen Kräften die Vertretung einer so wichtigen Funktion, wie die Anklage anzuvertrauen. — Gegen die Zurückverweisung des Paragraphen an die Kommission habe er nichts zu erinnern.

Abg. Schmidt: Die Verhältnisse lägen hier nicht ebenso, wie bei § 10; es sei vielmehr Analogie mit § 14 Abs. 1 des Kommissionsentwurfs vorhanden, inhaltlich dessen bei Landgerichten nur ständige angestellte Richter als Hülf Richter berufen werden dürften. Die Erhebung und Vertretung der Anklage bei den Landgerichten sei ein so bedeutungsvolles und schwieriges Amt, daß sie nicht einem Rechtspraktikanten überlassen werden dürfe.

Abg. Fieser: Jedenfalls müsse gesetzlich fixirt werden, daß die Vertretung eines ersten Staatsanwalts bei den Landgerichten nie einem Praktikanten überlassen werden könne. Redner sei übrigens mit der vorgeschlagenen Zurückverweisung des § 17 an die Kommission einverstanden.

Das Haus beschließt, den Paragraphen wieder an die Kommission zu verweisen, damit diese ihn im heute besprochenen Sinne neu redigire.

Es folgt die Berathung des § 18, dessen Wortlaut folgender ist:

Die Ernennung der Amtsanwälte (§ 143 der G.-B.) erfolgt durch das Justizministerium aus der Zahl der zum Richteramt befähigten Personen oder der Rechtskundigen, welche die erste Prüfung für den Justizdienst bestanden haben. Diese Ernennung ist jederzeit widerruflich.

Die Amtsverrichtungen des Amtsanwalts können in Forststrassen und bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle durch Beamte dieser Dienstzweige, in anderen Strafsachen durch die den Bezirksämtern beigegebenen rechtskundigen Beamten besorgt werden. Das Nähere über diese Vertretung der Staatsanwaltschaft wird durch Verordnung geregelt.

Der Vorsitzende verkündet, es sei ihm hiezu folgender Antrag der Abgg. Seybel, Beyer und Frech zugekommen:

Todesanzeige.
 D.163. Karlsruhe. Entfernten Verwandten und Bekannten widmen wir tiefbetrübt die Trauerbotschaft, daß unsere liebe Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin,
Frau Mathilde Sahn Wittwe, geborne Beck,
 heute früh 8 Uhr nach schwerem Leiden sanft verschieden ist.
 Karlsruhe, den 11. Novbr. 1878.
 Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.
 D.164. Karlsruhe. Für die mir in so reichlichem Maße bewiesene innige Theilnahme an dem herben Verluste meines unvergeßlichen Kindes **Leopold** spreche ich hiermit meinen tiefgefühltesten Dank aus.
 Karlsruhe, den 10. Novbr. 1878.
 Leopold Wipfler.

Installateur,
 ein durchaus tüchtiger, erfahrener, auf Gas- und Wasserleitungen, findet Stelle bei
H. C. Biergärtner.

Carneval! Faschnacht!
 Gönne aller Art (nicht zu verkaufen) aber sehr billig! Carnevalstappen, Kränze, Befehlsorden, Schellen, Cotillonorden, Cotillonorden, Zinnshund. Höchst löwisch, carnevalistisch gemalte Bilder, Lebensgröße, für Socialformationen 4/5, Markt. Preislisten versendet umsonst. Theater-Decorationen auf Stoff gemalt.
Bauer Fahnenfabrik in Bonn a Rh.

Maschinen u. Geräte
 für die **Piasava-Besen-Fabrikation** liefert die Fabrik von
A. Ingemann, Goldmoosstr. Grabenstein, Schleswig D.129.2. Baden.

Wirtshaus-Verpachtung.
 Die der Schlingengesellschaft dahier gehörige Wirtshaus „zur Schickhütte“ wird auf **1. Mai 1879** pachtlos und beabichtigt die Gesellschaft solche bis dahin in anderweitigen Pacht zu vergeben.
 Hieran Restitutions wollen ihre betr. Anträge bis längstens den **1. Dezember d. J.** an den Schriftführer der Gesellschaft, Baummeister Müller, Langstraße Nr. 98, einreichen, wofür auch während dieser Zeit die bezüglich Pachtbedingungen zur Einsicht aufliegen.
 Baden, den 6. November 1878.
Der Vorstand.

Schreibstube des Herrn Schmidt, Notar in Barr.
Versteigerung.
 Mittwoch den 13. und Donnerstag den 14. November 1878, Morgens 9 Uhr, zu Barr i. Elß, in der Gerberei Ch. B. Müller werden in öffentlicher Auction veräußert:
 6- bis 7000 gegerbte, ziemlich schwere Raibelle, sowie
 5- bis 600 Rindg. Déras,
 3- bis 400 „ „ „ „
 15000 „ „ „ „
 eigene Rinde.
 Der beauftragte Notar:
Schmidt.

Schafwilde-Verpachtung.
 Am Freitag dem 22. d. Mts., Nachmittags 2 Uhr, verpachten die hiesigen Wälderscheiter die Schafwilde für 1879. Die Wälder kann mit 200 Hammeln bejagt werden.
 Pachtnehmer werden freundlich eingeladen.
 Wölterdingen, den 7. November 1878.
 Gemeindevorstand
 Metzger, Bürgermeister.

Reichs-Eisenbahnen in Elß-Lothringen. Submission.
 auf Lieferung von 70000 Stück eigenen Eisenbahn-Durchschwellen, 250 M. lang u. 1125 Stk. = 4050 Stk. Mt. eigenen Weichenhölzern am
Montag dem 16. Dezember d. J.,
 Vormittags 10 Uhr,
 in unserem Central-Bureau zu Straßburg.
 Die Lieferungsbedingungen verabsichtigt unsere **Drucksachen-Controle** gegen portofreie Einlieferung von 50 Pfennigen.
 Die Offerten sind verpackt mit Aufschrift **Submission auf Lieferung von Eisenbahn-Durchschwellen pp.**
 bis zum Termine portofrei an uns einzuliefern.
 Straßburg, den 6. November 1878.
 Kaiserliche General-Direktion der Eisenbahnen in Elß-Lothringen.

Die **Annahmestelle**
 von **ANNONCEN**
 für alle hiesigen und auswärtigen Zeitungen befindet sich bei
Rudolf Mosse
 (Gustav Fromme)
Karlsruhe,
 100 Zähringerstrasse 100.
 Gleiche Preise wie bei den Zeitungs-Expeditionen selbst. — Bei grösseren Aufträgen hiervon noch entsprechende **Rabattbewilligung.**

Niederländisch - Amerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft.
 Directe und regelmässige Post-Verbindung **Rotterdam - New-York.**
 Abfahrten am 16., 27. November, 7. u. 18. Dezember.
 Passage-Preise: I. Klasse M. 335. II. Klasse M. 250 und M. 170.
 Zwischendeck M. 90.
 Nähere Auskunft erteilen die **Directoren in Rotterdam**, sowie wegen Passage die General-Agenten: **Mich. Wiersching und Walther & von Reckow in Mannheim.**

Reallehrer.
 D.127.2. Es wird für eine **berechtigte** Lehranstalt nebst Pensionat ein unverheiratheter Reallehrer gesucht, welcher die Realien und wenn möglich das Zeichnen in den unteren Klassen zu lehren hätte. Nähere Auskunft unter **T. 65121**, durch **Hausenstein & Vogler in Frankfurt a. M.**
 D.126.3. Baden. Ein eleganter, noch wenig gebrauchter **Offenbacher Landauer** ist zu verkaufen. In Erfahrung im **Holländischen Hof in Baden.**

Bürgerliche Rechtspflege.
 D.137.2. Nr. 19.417. Ueberlingen. Der katholische Kirchenfond dahier besitzt auf hiesiger Gemarkung folgende Eigenschaften, deren Gemark im Grundbuche nicht eingetragen ist:
 1. Die **Küsterkirche** von **Delberg**;
 2. die **Kirche** in **Kulstich**;
 3. die **Kirche** in **Goldbach** (am Gottesacker, resp. Kirchhofplatz, im Massehalt von 11 a 81 qm, einer, an den Fahrweg, ander. an den Bach und die Straße von Ueberlingen nach Sippingen Hof und;
 4. **Mappe VII, Nr. 597: 88 a 52 qm** Acker, Distrikt und Gewinn **Angera Rosenbergs**, einer, Anton Widner von Höttingen, ander. Güterweg und Straße von Höttingen nach Ueberlingen;
 5. **Mappe VIII, Nr. 291: 29 Ar 52 qm** Wiese in unteren **Lobelswiesen**, Gewann **Lobeler**, einer, Albert Beurer von Sippingen und Kronenwirth **Lohr** von Ueberlingen;
 6. **Mappe VIII, Nr. 314: 10 a 26 qm** Acker im hinteren **Lobel**, Gewann **Lobeler**, ein- und ander. **Josef Zuber** Wm. von Ueberlingen und Güterweg;
 7. **Mappe VIII, Nr. 168: 11 a 88 qm** Acker im **Schuler**, Gewann **Härlen**, einer, Albert Stilian von Ueberlingen, ander. **Josef John** von Goldbach.
 Auf Antrag der **kathol. Stiftungskommission** dahier werden nun alle diejenigen, welche an den erwähnten Gebäuden und Grundstücken in den Grund- und Flandbüchern nicht eingetragen, auch sonst nicht bekannte dingliche Rechte, oder leibrentliche oder fideikommissarische Ansprüche haben, oder zu haben glauben, aufgefordert, dieselben

in **zwei Monaten** dahier geltend zu machen, ansonst sie der Aufforderungsbeklagten gegenüber für erloschen erklärt werden.
 Ueberlingen, den 29. Oktober 1878.
 Großh. bad. Amtsgericht.
 D.137.3. Nr. 19.604. Emmendingen. In **Soden Sophie**, geborene **Vösch**, Ehefrau des **Friedrich Bohner** in **Friesenheim**, gegen unbekannt Dritte, Eigentum betr. **Schluß**: An die in unserer öffentlichen Aufforderung vom 16. August d. J., Nr. 15.300, beschriebenen Eigenschaften wurden Rechte und Ansprüche der dort genannten Art nicht geltend gemacht und werden solche nunmehr der Aufforderungsbeklagten gegenüber für erloschen erklärt.
 Emmendingen, den 25. Oktober 1878.
 Großh. bad. Amtsgericht.
 D.137.4. Nr. 11.955. Eppingen. Gewann **Wänter**.
 Eppingen. Gewann **Wänter**.
 Eppingen. Gewann **Wänter**.
 Eppingen. Gewann **Wänter**.

Reallehrer.
 D.127.2. Es wird für eine berechtigte Lehranstalt nebst Pensionat ein unverheiratheter Reallehrer gesucht, welcher die Realien und wenn möglich das Zeichnen in den unteren Klassen zu lehren hätte. Nähere Auskunft unter T. 65121, durch Hausenstein & Vogler in Frankfurt a. M.
 D.126.3. Baden. Ein eleganter, noch wenig gebrauchter Offenbacher Landauer ist zu verkaufen. In Erfahrung im Holländischen Hof in Baden.
 Bürgerliche Rechtspflege. D.137.2. Nr. 19.417. Ueberlingen. Der katholische Kirchenfond dahier besitzt auf hiesiger Gemarkung folgende Eigenschaften, deren Gemark im Grundbuche nicht eingetragen ist: 1. Die Küsterkirche von Delberg; 2. die Kirche in Kulstich; 3. die Kirche in Goldbach (am Gottesacker, resp. Kirchhofplatz, im Massehalt von 11 a 81 qm, einer, an den Fahrweg, ander. an den Bach und die Straße von Ueberlingen nach Sippingen Hof und; 4. Mappe VII, Nr. 597: 88 a 52 qm Acker, Distrikt und Gewinn Angera Rosenbergs, einer, Anton Widner von Höttingen, ander. Güterweg und Straße von Höttingen nach Ueberlingen; 5. Mappe VIII, Nr. 291: 29 Ar 52 qm Wiese in unteren Lobelswiesen, Gewann Lobeler, einer, Albert Beurer von Sippingen und Kronenwirth Lohr von Ueberlingen; 6. Mappe VIII, Nr. 314: 10 a 26 qm Acker im hinteren Lobel, Gewann Lobeler, ein- und ander. Josef Zuber Wm. von Ueberlingen und Güterweg; 7. Mappe VIII, Nr. 168: 11 a 88 qm Acker im Schuler, Gewann Härlen, einer, Albert Stilian von Ueberlingen, ander. Josef John von Goldbach. Auf Antrag der kathol. Stiftungskommission dahier werden nun alle diejenigen, welche an den erwähnten Gebäuden und Grundstücken in den Grund- und Flandbüchern nicht eingetragen, auch sonst nicht bekannte dingliche Rechte, oder leibrentliche oder fideikommissarische Ansprüche haben, oder zu haben glauben, aufgefordert, dieselben

in zwei Monaten dahier geltend zu machen, ansonst sie der Aufforderungsbeklagten gegenüber für erloschen erklärt werden. Ueberlingen, den 29. Oktober 1878. Großh. bad. Amtsgericht. D.137.3. Nr. 19.604. Emmendingen. In Soden Sophie, geborene Vösch, Ehefrau des Friedrich Bohner in Friesenheim, gegen unbekannt Dritte, Eigentum betr. Schluß: An die in unserer öffentlichen Aufforderung vom 16. August d. J., Nr. 15.300, beschriebenen Eigenschaften wurden Rechte und Ansprüche der dort genannten Art nicht geltend gemacht und werden solche nunmehr der Aufforderungsbeklagten gegenüber für erloschen erklärt. Emmendingen, den 25. Oktober 1878. Großh. bad. Amtsgericht. D.137.4. Nr. 11.955. Eppingen. Gewann Wänter. Eppingen. Gewann Wänter. Eppingen. Gewann Wänter. Eppingen. Gewann Wänter.

Veru. Bekanntmachungen.
 D.146. Pforzheim.
Pflegschafts-Versteigerung.
 In Folge richterlicher Verfügung werden dem **Maurermeister Christian Lang** in **Brötzingen** nachbeschriebene Eigenschaften
 Mittwoch den 27. November d. J.,
 Nachmittags 3 Uhr,
 im **Waldhause** zu **Brötzingen** öffentlich versteigert, wobei der endgiltige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis oder mehr geboten wird.
 Beschreibung der Eigenschaften:
 1. 3889 □Fuß = 303.21 □Meter Bauplatz an der **Pforzheimer Landstraße**, worauf erbaut ein zweistöckiges Wohnhaus zu einem Laden eingerichtet. Kniestock und Schienenteller Nr. 161, einseitig der Bauplatz des **Louis Burgardt** anderseits die **Duerstraße** von **Gebäude** Benfjer; dasselbe ist vollständig ausgebaut, gerichtlich geschätzt zu 22,000

5497 □Fuß = 494.73 □Meter Bauplatz an der **Pforzheimer Landstraße**, worauf ein bis jetzt noch unvollendetes dreistöckiges Wohnhaus mit Schienenteller erbaut ist; das Haus steht unter Dach und ist die Mauer- und Zimmermannsarbeit so ziemlich geleistet, Nr. 163a, einerseits der **Garten** des **Friedrich Kern**, anderseits das **eigene Wohnhaus** Nr. 163, gerichtlich geschätzt zu 18,000

5483 □Fuß = 498.47 □Meter Bauplatz an der **Pforzheimer Landstraße**, worauf erbaut ein zweistöckiges Wohnhaus zu einem Laden eingerichtet mit Kniestock, Frontpfeilern, Schienenteller, Dachzimmer, Nr. 163b, einerseits das **eigene Wohnhaus** Nr. 163a, anderseits das **Wohnhaus** des **Kühmüllers Franz Bredt** von **Pforzheim**, gerichtlich geschätzt zu 27,000

3976 □Fuß = 357 □Meter Bauplatz an der **Pforzheimer Landstraße**, worauf erbaut ein dreistöckiges Wohnhaus mit Schienenteller, Wäschküche, Kamin und Ställe, Nr. 179 mit Aus- u. Einfahrtsrecht von der hinteren Seite, einerseits **Wilhelmine Gewig**, anderseits **Gebäude** Benfjer, gerichtlich geschätzt zu 24,000

Nr. 369 in der **Siedgasse** im **Orte Brötzingen**; die Hälfte einer **Behandlung** mit **Stallung** und **Keller** unter einem **Dache**, die Hälfte einer **besonders** **schönen** **Schener** mit **Sofa** und **Garten** beim **Haus**, einerseits **Friedrich Klittich**, anderseits **Jakob Kieser**, gerichtlich geschätzt zu 4,500

2 Viertel 9' 20 Ruthen und 9 a 16 m, zusammen 27,16 □Meter **Steinbruch** im **Artinger Stumpfen** mit **darauf** **erbauter** **Hütte** an der **Landstraße** nach **Neuenbürg**, hiesig der **Steinbruch** des **Christian Kühn**, wesslich die **Wiesen** des **Johann Georg Eberle** und **Johannes Pfisterer** mit **Zufahrt** von der **Landstraße** aus, gerichtlich geschätzt zu 1,200

1 Viertel 17 Ruthen = 9 a 2 m Acker im **vorderen Hadel**, neben **Christian Hodel** und dem **Gewann**, tagirt zu 200 Summa 96,900 neunhundert Mark.
 Hierin werden die **Gläubiger**:
 a. der **Rechtsanwalt**, **Maurermeister**, **Volksredungsanstalt** in **Brötzingen**,
 b. der **Josef Beckmann**, **Junger**, **Biegler**, **Volksredungsanstalt** **dahier**,
 c. der **E. G. Ruf**, **Volksredungsanstalt** **alt**,
 d. der **Adam Hildebrand**, **Gewinn** **in Pforzheim** **benachrichtigt**.
 Pforzheim, den 25. Oktober 1878.
 Großh. bad. Notar **Unger.**

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 Mit höherer Ermächtigung vergeben wir die Lieferung von verschiedenen **Werkstoffe- und Betriebsmaterialien II** im **Summationswege** und fordern **Lieferungslustige** hiermit auf, ihre **Offerten** schriftlich, verschlossen und mit **entsprechender** **Aufschrift** zu versehen bis **Freitag den 29. November d. J.,** Vormittags 10 Uhr, bei uns **einzuwickeln**, wo auch die **der** **Lieferung** **zu** **Genüge** **liegenden** **Bedingungen** und die **genauen** **Verzeichnisse** **der** **zu** **liefernden** **Materialien** **auf** **portofreie** **Anträge** **abgegeben** **werden**.
 Musterstücke der **angesprochenen** **Gegenstände** **liegen** **in** **unserm** **Hauptmagazin** **zur** **Einsicht** **auf**, **eine** **Besendung** **derselben** **findet** **nicht** **statt**.
 Karlsruhe, den 8. November 1878
 Großh. Hauptverwaltung der Eisenbahn-Magazine.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 In dem Tarif für die Beförderung von **Leichen**, **Fahrgägen** und **lebenden** **Tieren** zwischen den **Badischen** **Stationen** **Basel**, **Altbreisach**, **Reß**, **Leopoldsdörfer**, **Wülheim** und **Neuenbürg** **einerseits** und **Stationen** **der** **Eisenbahnen** **in** **Elß** **Lothringen** **anderseits** vom **1. März** **d. J.** **gelangt** **mit** **Wichtigkeit** **vom** **1. März** **d. J.** **ein** **II** **Nachtrag** **zur** **Ausgabe**. Derselbe enthält **Bestimmungen** **wegen** **des** **Fahrgeldes** **für** **die** **Begleiter** **von** **lebenden** **Tieren**.
 Karlsruhe, den 11. November 1878.
 General-Direktion.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 Mit höherer Ermächtigung vergeben wir die Lieferung von **Ausrüstungsgegenständen** und **Geräthschaften**, als: **Depot- und** **Bahnwärters-Anstaltungen**, **Dienstbetten** u. s. w. im **Summationswege** und fordern **Lieferungslustige** auf, ihre **Offerten** schriftlich, verschlossen und mit **entsprechender** **Aufschrift** zu versehen, bis **Donnerstag den 14. November d. J.,** Vormittags 10 Uhr, bei uns **einzuwickeln**, wo auch die **genauen** **Verzeichnisse** **der** **zu** **liefernden** **Gegenstände** und die **Lieferungsbedingungen** **auf** **portofreie** **Anfragen** **abgegeben** **werden**.
 Karlsruhe, den 30. Oktober 1878.
 Großh. Hauptverwaltung der Eisenbahn-Magazine.

Steigerung-Ankündigung.
 In Folge richterlicher Verfügung wird dem **Vater** **Heinrich** **Friedrich**, **wohnhaft** **gewesen** **in** **Friedenheim**, am **Mittwoch** **den** **27. November** **1878,** Vormittags 10 Uhr, im **Waldhause** zu **Friedenheim** die **nachbeschriebene** **Eigenschaft**, nämlich:
Haus **Nr. 447.** Ein **einistöckiges** **Wohnhaus** mit **gewölbtem** **Keller**, **Stall**, **Scheuer** **Schneinfäden** und **Waldhaus** am **Kirchberge** zu **Friedenheim**, neben **Johann** **Kieser** und **Stall**, **vornen** **Strasse**, **hinten** **Valentin** **Draßer**, tagirt zu 3900 M. **nochmals** **öffentlich** **versteigert**, wobei dem **höchsten** **Gebote** **der** **Zuschlag** **ertheilt** **wird**, auch **wenn** **dasselbe** **den** **Schätzungspreis** **nicht** **erreicht**.
 Hieron wird dem **abwesenden** **Heinrich** **Friedrich**, **dessen** **Kursen** **Adressat** **unbekannt** **ist**, mit dem **Auftrag** **Nachricht** **gegeben**, daß **dieselbe** **einen** **Bevollmächtigten** **zu** **ernennen** **und** **an** **der** **zu** **bezeichnen** **haben** **und** **das** **sonst** **weitere** **Benachrichtigungen** **an** **ihm** **in** **dieser** **Sache** **nur** **mittels** **Aufschlags** **an** **den** **Berichterstatter** **benutzt** **werden**.
 Mannheim, den 21. Oktober 1878.
 Der **Volksredungsbeamte**:
Großh. Notar
H. Henninger.

Erste Versteigerung.
 In Folge richterlicher Verfügung werden dem **Landwirth** **Birgit** **Lang** in **Ulm** die **nachbeschriebenen** **Eigenschaften** **Dienstag** **den** **10. Dezember** **1878,** Nachmittags 3 Uhr, **auf** **dem** **Waldhause** **in** **Ulm** **öffentlich** **versteigert** und **der** **Zuschlag** **ertheilt**, **wenn** **das** **höchste** **Gebot** **den** **Schätzungspreis** **erreicht**.
 1. 5 Ar 29,2 □Meter **Hofstraße** und **Waldgarten** mit **dem** **darauf** **erbauten** **11** **stöckigen** **Wohnhause** mit **Scheuer**, **Stallung**, **Schopf** und **Schneinfäden**, neben **Ludwig** **Stöber** und **August** **Partee** = 2100 M.
 2. 14 Ar 75 □Meter **Ackerland**, **Gewann** **Verland** = 600 M.
 3. 21 Ar 92,4 □Meter **Ackerland**, **Gewann** **Schädel** = 900 M.
 4. 32 Ar 76 □Meter **Ackerland**, **Gewann** **Schädel** = 1155 M.
 5. 20 Ar 88 □Meter **Ackerland**, **Gewann** **Braite** = 900 M.
 Oberkirch, den 7. November 1878.
 Der **Volksredungsbeamte**:
Großh. Notar
Braun.

Offene Gehilfenstelle.
 Bei der **unterzeichneten** **Verrechnung** **ist** **die** **III. Gehilfenstelle** **mit** **einem** **Gehalt** **von** **900 M.** in **Erledigung** **genommen**. Eintritt **sofort**, oder **längstens** **in** **einem** **Bierjahr**.
 Die **Herren** **Kanzleigebühren** **oder** **gebührende** **Decoupen**, **welche** **hierz** **Lust** **haben**, **wollen** **sich** **alsbald** **unter** **Winkeln** **ihres** **Zeugnisses** **an** **den** **Wendern**.
 Albrecht, den 8. November 1878.
 Großh. Dreiermagazin.
 Fehringner.
 (Mit einer Beilage.)